

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Florian Graf (CDU)

vom 15. April 2011 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. April 2011) und **Antwort**

BVG und Mindestlohn

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Die Kleine Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wurde der Beantwortung zugrunde gelegt.

1. Trifft es zu, dass die BVG im Jahr 2009 Beförderungsleistungen ausgeschrieben hat und im Rahmen der Ausschreibung die Bedingung gestellt hat, dass die Auftragnehmer ihren Mitarbeitern den Tariflohn zahlen, ggf. welche Leistungen mit welchem finanziellen Volumen wurden ausgeschrieben?

3. Wann und wie wurde die Einhaltung dieser Bedingung ggf. überprüft und mit welchem Ergebnis?

Zu 1. und 3.: Die BVG AöR hat im März 2009 die Erbringung von Beförderungsleistungen in 8 Losen mit einer Gesamtsumme von ca. 143 Mio. EUR (ca. 18 Mio. EUR/Jahr bei einer Laufzeit über insgesamt 8 Jahre) ausgeschrieben und im Rahmen der Eignungsprüfung Nachweise über einen für die Ausführung der in Rede stehenden Leistungen anzuwendenden Tarifvertrag verlangt. Dafür wurden die mit den Angeboten der Bieter eingereichten Eigenerklärungen über bestehende bzw. in Verhandlung befindliche Tarifverträge akzeptiert. Nachfragen der BVG bei einem der erfolgreichen Bieter, bei dem zum Zeitpunkt der Beauftragung Verhandlungen über einen Tarifvertrag noch nicht abgeschlossen waren, ergaben, dass die Tarifverhandlungen noch andauern.

Bezüglich der in der Anfrage verwendeten Begrifflichkeiten „Mindestlohn“ und „den Tariflohn“ ist klarzustellen, dass kein bestimmter Mindest-/Tariflohn vorgegeben wurde.

2. Welche Regelungen zur Überprüfung der Einhaltung dieser Bedingung enthalten ggf. die Verträge?

Zu 2.: Weitergehende Regelungen im Vertragstext selbst sind nicht vorhanden.

Berlin, den 05. Mai 2011

In Vertretung

Almuth Hartwig-Tiedt

.....
Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Technologie und Frauen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Mai 2011)